

Antworten der AfD Bund auf unsere Wahlprüfsteine

1. Die AfD möchte das Arbeitsrecht reformieren und vereinfachen sowie den Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung senken, um den Übergang in reguläre Beschäftigung durch Kostensenkungen zu erleichtern.
2. Vor allem Familien der mittleren Einkommensschicht werden in Deutschland steuerlich stärker belastet als in fast allen anderen europäischen Ländern. Die AfD will hier mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmenwechsel einleiten, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages.
3. Die sogenannte Parität verstößt gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Gleichberechtigung besteht bereits. Statistische Gleichverteilung verstößt gegen die demokratischen Prinzipien der Wahlgleichheit und der freien Wahl. Die AfD lehnt solche grundrechtswidrigen Initiativen vehement ab.
4. Die AfD unterstützt alle Untersuchungen, die helfen können, Gewalt in der Gesellschaft zu verringern. Hierbei sind aus Sicht der AfD auch kulturelle Gründe bezüglich des Gewalt- und Geschlechterrollenverhältnisses mit zu untersuchen und entsprechende gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen.
5. Die AfD möchte einen flächendeckenden, fair ausgehandelten Tarifvertrag einführen. Durch die Zusammenführung von Kranken- und Pflegekasse können auch Verwaltungen verschlankt und Kosten gesenkt werden.
6. Die AfD lehnte sog. Gender-Budgeting ab. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie. Kern der Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien.
7. Die AfD möchte die §§ 218 und 219a StBG beibehalten. Die Entscheidung über eine Abtreibung muss natürlich bei der Mutter bzw. bei den Eltern liegen, dennoch lehnen wir alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.
8. Das Rentensystem muss grundlegend reformiert werden, eine weitere Finanzierung ist nicht mehr wie bisher möglich, da sich das Verhältnis zw. Beitragszahlern und -beziehern immer weiter verschlechtert. Hierzu will die AfD Familien signifikant entlasten, um eine demografische Wende herbeizuführen.

Antworten der AfD Hamburg auf unsere Wahlprüfsteine

1. Prekäre Arbeitsverhältnisse stellen ein Problem auf dem deutschen Arbeitsmarkt dar. Mini-Jobber(innen) müssen die Perspektive haben, in ein reguläres, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis aufsteigen zu können. Gerade während der Corona-Krisen waren diese Menschen die ersten Leidtragenden.
2. Die steuerliche Privilegierung der Ehe hat eine lange Tradition und ist gut begründet. Das Steuerrecht ist nicht das geeignete Instrument um Anreize für alternative Lebensentwürfe zu schaffen.
3. Die paritätische Besetzung von Listenplätzen bei Wahlen verstößt gegen elementare verfassungsmäßige Grundsätze, dies ist bereits von Gerichten entschieden worden. Insofern können wir uns für derartige Anliegen nicht einsetzen.

4. Häusliche Gewalt ist ein akutes Problem, welches durch die Lockdowns während der Corona-Krise verschärft wurde. Wir begrüßen ausdrücklich jene Maßnahmen, die geeignet sind, dieses Problem unter Kontrolle zu bringen. Dazu gehören sowohl die Sensibilisierung der Öffentlichkeit als auch harte Strafen für Täter.
5. Die Corona-Krise hat noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig gutes Kranken- und Pflegepersonal ist. Viele Berufseinsteiger(innen) scheuen sich vor dieser anspruchsvollen Tätigkeit. Daher muss dieser Bereich attraktiver gestaltet werden, insbesondere durch die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen und einer leistungsgerechten Bezahlung.
6. Gleichstellungspolitik darf kein Selbstzweck sein. Wirkliche Gleichberechtigung ist einer Gleichstellung vorzuziehen, Chancengleichheit geht für uns vor Ergebnisgleichheit.
7. Der Schutz ungeborenen Lebens ist ein hohes Gut, das für alle Religionen und Kulturen universell gilt. Abgesehen von verständlichen Ausnahmen hat das Recht auf Leben Vorrang vor einem Recht auf Abtreibung.
8. Die Altersrente bemisst sich nach wie vor primär nach der in das System einbezahlten Summe aufgrund jahrzehntelanger beruflicher Tätigkeit. Dieses System diskriminiert nicht nach Geschlechtern. Es müssen mehr Frauen in besser bezahlte Berufe (z.B. MINT) einsteigen, auf diese Weise würde sich der Geschlechterunterschied bei der Rente mittelfristig verringern.